



Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass auf die Städte in Rheinland-Pfalz eine Vielzahl neuer Tätigkeiten zugekommen ist. Die Ordnungsämter der Städte waren mit ständig veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen konfrontiert und mussten ständig neue Auflagen und Regeln kommunizieren und am Ende auch durchsetzen. Dies ist mit motiviertem und gut ausgebildetem Personal gelungen. Die Feuerwehren in den Städten haben sich wieder einmal als Rückgrat der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr bewährt. Durch kluge Personalplanung und Umsetzung entsprechender Aus- und Fortbildungskonzepte ist es gelungen, auch in der Pandemiezeit die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren aufrecht zu erhalten und die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Die Katastrophenschutz-einheiten der Schnelleinsatzgruppen im medizinischen Bereich sind ebenfalls weiterhin einsatzbereit geblieben. Gut ausgebildetes Personal in den Ordnungsämtern, hervorragend ausgestattete Feuerwehren und motivierte Katastrophenschutz-einheiten sind auch weiterhin dringend erforderlich. Die Pandemielage und die Flutkatastrophe im Norden und Westen des Landes haben noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig Investitionen in diesem Bereich sind. Der Städtetag appellierte daher anlässlich der Landtagswahl an Landtag und Landesregierung, seinen Forderungen nach einer besseren Ausstattung der kommunalen Ordnungsdienste nachzukommen und endlich dafür zu sorgen, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern BOS-Funk, Sonderrechte für die Einsatzfahrzeuge, der Sofortvollzug von Platzverweisen und die Nutzung von Bodycams und Distanz-Elektroimpulsgeräten ermöglicht werden. Weiterhin müssen die aufgabenadäquate Ausstattung der Feuerwehren mit höheren Landesmitteln in diesem Bereich vorangetrieben und ausreichende Ausbildungskapazitäten an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule bereitgehalten werden.

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT ORDNUNG